

386 Unterschriften gegen Bebauung

Bürgerinitiative „Schriesheimer Hof“ übergab Liste an Bürgermeister – Quorum mehr als erfüllt

Von Thomas Seiler

Wilhelmsfeld. Die erste Hürde hat die erst Ende des vergangenen Jahres gegründete Bürgerinitiative (BI) „Schriesheimer Hof“ genommen. Innerhalb von vier Wochen sammelte die Initiative 386 Unterschriften für ein Bürgerbegehren, das in einen Bürgerentscheid und damit in die Aufhebung des gefassten Gemeinderatsbeschlusses münden soll. Mehrheitlich hatte nämlich der Gemeinderat in seiner Novembersitzung seine Zustimmung zu einem Bebauungsplanverfahren „Schriesheimer Hof“ gegeben – und zu der damit verbundenen Veränderungssperre für dieses Gebiet am nordwestlichen Ortseingang. Statt wie bisher die dortige Fläche von über sechs Hektar als Sondernutzungsgebiet baulich ausschließlich zu Kur- und Heilzwecken zu nutzen, denkt die Mehrheit des Gremiums an die Möglichkeit, dort Gewerbe anzusiedeln.

Etwas enttäuscht zeigten sich die Initiatoren der gesamten Aktion, Joachim Finkbeiner-Rinn und Jochen Schwarz, bei der Übergabe der Unterschriften und des dazu notwendigen Protokolls von der Reaktion des Bürgermeisters Christoph Oeldorf. Obwohl beide den Termin mit der Rathauspitze abgestimmt hatten und die Gelegenheit nutzen wollten, mit ihm ein ausführlicheres Gespräch zu führen, beschränkte sich der Rathauschef auf das Notwendigste. Dabei haben nach dem Start des Bürgerbegehrens bislang bereits 14 statt der nötigen sieben Prozent der rund 2600 im Wahlverzeichnis eingetragenen Bürger per Unterschrift ihre Unterstützung zum Ausdruck gebracht.

Er lasse nun den Sachverhalt prüfen, auch ob alle Unterschriften von Wahlberechtigten des Luftkurorts stammen, sagte der Bürgermeister nur. Darüber hinaus verwies er auf die derzeit geltenden Corona-Bestimmungen. „Frühestens in der März-Sitzung des Gemeinderats“ hielt er deshalb eine Entscheidung darüber für möglich, ob es zu einem Bürgerentscheid kommen werde. Falls ein solcher Entscheid anstehe, werde er ihn im Zusammenhang mit der Bundestagswahl am 26. September anstreben. „Aber auch hierzu muss der Gemeinderat sein Plazet geben“, betonte Oehldorf.

„Bis zum Fristende am 26. Februar“ wolle die Initiative noch weitere Unterschriften sammeln, auch wenn „wir schon jetzt weit über dem Quorum liegen“, erklärte Finkbeiner-Rinn später. Wie sein Mitstreiter Schwarz, der auch als Kreisrat amtiert, saß er einst für die Grüne Initiative Wilhelmsfeld (GIW) im Gemeinderat.

Mit dem Übergabeprotokoll stimmten die beiden als Vertrauenspersonen zu,



Die Aktions-Initiatoren Joachim Finkbeiner-Rinn (l.) und Jochen Schwarz (r.) übergaben Bürgermeister Christoph Oeldorf Unterschriften von rund 14 Prozent der Wahlberechtigten. Fotos: Alex

nicht auf die viermonatige Frist zu bestehen, innerhalb derer der Bürgerentscheid durchgeführt werden muss. Dies gelte aber nur für den Fall, dass der Gemeinderat „frühestens im März die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens in öffentlicher Sitzung feststellt, bei der die Vertrauenspersonen nach der Gemeindeordnung ein Recht auf Anhörung besitzen“. Der Bürgerentscheid könne dann mit der Bundestagswahl stattfinden, „um der Gemeinde die Kosten und die Zeit für die Organisation einer dritten Wahl in diesem Jahr zu ersparen“, erklärte Schwarz.

Bei der Durchführung des Bürgerentscheids gilt es für die Initiative, mindestens 20 Prozent der stimmberechtigten Wähler hinter sich zu vereinigen. „Die Anzahl der bisher eingegangenen Unterstützungsunterschriften zum Bürgerbegehren macht uns zuversichtlich, auch das viel höhere Hindernis bei einem Bürgerentscheid zu nehmen“, meinte hierzu Finkbeiner-Rinn. Dabei könne die zur Abstimmung gestellte Frage nur lauten, ob man dafür sei, dass der Beschluss des Gemeinderats vom 24. November 2020 zur Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet „Schriesheimer Hof“ aufgehoben werde.